

Vorbemerkungen:

In der Sitzung am 16.06.2009 war dem Ausschuss für Schule und Sport die aktuelle Entwicklung zur Neuerrichtung von Gesamtschulen im Rhein-Sieg-Kreis dargestellt worden. Der Ausschuss hatte die Informationen zur Kenntnis genommen und die Verwaltung darum gebeten, die Entwicklung zu begleiten und im Ausschuss regelmäßig zu berichten.

Nachfolgend wird nur auf die kreisangehörigen Städte und Gemeinden eingegangen, in denen Sachstandsänderungen eingetreten sind. Zur Information für die neuen Ausschussmitglieder ist als Anhang die Vorlage für die Sitzung des Ausschusses für Schule und Sport am 16.06.2009 beigelegt.

Erläuterungen:

Die aktuelle Situation stellt sich wie folgt dar:

Gemeinde Alfter

Der Rat der Gemeinde Alfter hatte am 03.09.2009 die Umwandlung der Gemeinschaftshauptschule (GHS) Alfter in eine Gesamtschule beschlossen. Die Hauptschule sollte gemäß dieses Beschlusses, beginnend mit der Klasse 5, schrittweise aufgelöst werden. Gleichzeitig sollte ab dem Schuljahr 2010/11 im Schulgebäude der GHS eine Gesamtschule, beginnend mit vier fünften Klassen errichtet werden.

Die Bezirksregierung Köln teilte der Gemeinde hierzu mit Verfügung vom 29.12.2009 mit, der Antrag der Gemeinde vom 24.09.2009 entspreche nicht den Erfordernissen des Schulgesetzes. Zum einen seien die Schülerprognosezahlen nicht ausreichend zum Nachweis eines Bedürfnisses für eine Gesamtschule. Zum anderen bestünden erhebliche Bedenken hinsichtlich der ausreichenden Finanzkraft der Gemeinde. Gegebenenfalls müsse die Gemeinde eine gemeinsame Schulentwicklungsplanung mit ihren Nachbarkommunen durchführen, um eine Genehmigungsfähigkeit zu erreichen.

Die Stadt Bonn hatte in einer Stellungnahme für den Fall der Errichtung einer Gesamtschule in Alfter u.a. auf negative Auswirkungen auf die Realschulen in Medinghoven und Hardtberg hingewiesen. Der Schulausschuss der Gemeinde Swisttal wandte sich am 08.12.2009 unter Hinweis auf die Gefährdung des Bestands der Verbundschule in Heimerzheim gegen die Errichtung einer Gesamtschule in Alfter.

Am 14.01.2010 fasste der Rat der Gemeinde Alfter den Beschluss, am Antrag auf Errichtung einer Gesamtschule festzuhalten. Die Verwaltung wurde beauftragt, Ergänzungen zur erforderlichen Finanzkraft der Gemeinde an die Bezirksregierung nachzureichen. Möglichkeiten der Beteiligung von privaten Sponsoren, Stiftungen oder Investoren sollten durch die Verwaltung ebenso geprüft werden, wie eine private Trägerschaft mit dem Ziel der Errichtung einer integrativen Gesamtschule. Ein Antrag zur Beauftragung der Verwaltung, Verhandlungen zur Erstellung eines gemeinsamen Schulentwicklungsplanes mit Nachbarkommunen zu führen, wurde abgelehnt.

Nach Vorlage einer ergänzenden Stellungnahme durch die Gemeinde stellte die Bezirksregierung mit Schreiben vom 17.02.2010 fest, dass die vorgelegten Unterlagen nach wie vor nicht den Erfordernissen des Schulgesetzes entsprächen. Da in Alfter lediglich ein Teilbedürfnis für die Errichtung einer Gesamtschule bestehe, habe die Gemeinde die Pflicht zur gemeinsamen Schulentwicklungsplanung mit den Nachbarkommunen. Belege für eine gemeinsame Schulentwicklungsplanung habe man nicht vorgelegt. Vielmehr sei nicht erkennbar, wie man den von der Gemeinde Swisttal und der Stadt Bonn vorgetragene Bedenken unter Berücksichtigung der aus dem Schulgesetz resultierenden Verpflichtung zur gegenseitigen Rücksichtnahme in Bezug auf das regionale Schulangebot begegnen wolle. Schließlich wäre die Finanzsituation der Gemeinde bereits alleine ein Grund, aus dem die Bezirksregierung die Genehmigung für die Errichtung einer Gesamtschule versagen müsse.

Inzwischen prüft die Gemeinde Möglichkeiten der Errichtung einer integrativen Gesamtschule in freier Trägerschaft.

Stadt Siegburg

Wiederholung der Angaben aus der Vorlage für die Sitzung des Ausschusses für Schule und Sport des Rhein-Sieg-Kreises am 16.06.2009:

Ein privater Träger beabsichtigt die Einrichtung einer Gesamtschule in Form einer Ersatzschule für das Schuljahr 2010/11. Für eine solche Ersatzschule würde die Vorgabe von 112 Schülern nicht gelten. Dieser Träger, der „Rheinisch Bergische Verein Christliche Schulen Düsseldorf“ führt derzeit im Rhein-Sieg-Kreis zwei Grundschulen, in Alfter und in Siegburg. Die Zusammenarbeit mit der Unteren Schulaufsicht stellt sich kooperativ dar.

Aktuell: Der Träger versendet bereits Aufnahmebestätigungen für die geplante Gesamtschule in Siegburg. Er geht davon aus, zum kommenden Schuljahr 2010/11 mit mindestens zwei Klassen den Betrieb einer Gesamtschule aufnehmen zu können. Nach Angaben des Trägers sind ein Ganztagsbetrieb und mittelfristig ein vierzügiger Ausbau mit einer gymnasialen Oberstufe vorgesehen. Eine Genehmigung der zuständigen Oberen Schulaufsicht (Bezirksregierung) liegt nach Kenntnis der Verwaltung noch nicht vor.

Stadt Sankt Augustin

Nach einer Bedürfnisfeststellung für eine Gesamtschule im Mai 2009 fasste der Stadtrat im Juni 2009 den Beschluss zur Errichtung einer vierzügigen Gesamtschule am Standort Schulzentrum Menden. Gleichzeitig wurde der Beschluss gefasst, die bestehende Hauptschule und die Realschule am Standort Menden sukzessive durch Beendigung der Aufnahmen in die 5. Klassen aufzulösen.

Ein Bürgerentscheid gegen die Errichtung der Gesamtschule am Standort Schulzentrum Menden erbrachte am 08.11.2009 nicht die erforderliche Anzahl an Stimmen. Somit blieb es zunächst beim Errichtungsbeschluss und beim vom Rat vorgesehenen Standort.

Nach Genehmigung des Anmeldeverfahrens durch die Bezirksregierung wurden Anmeldungen im Zeitraum vom 29.01. bis 08.02.2010 entgegen genommen. Am 09.02.2010 stand fest, dass lediglich 110 Anmeldungen vorlagen und damit die von der Bezirksregierung geforderte Mindestanmeldezahl von 112 mit Wohnort in Sankt Augustin nicht erreicht werden konnte.

Die Bezirksregierung sah für die Stadt nunmehr die Möglichkeit, eine Gesamtschule als „freiwilliges Angebot“ zu errichten. Somit handele es sich bei einer eventuellen Errichtung um eine freiwillige Leistung – mit weit reichenden Folgen für die entsprechenden haushaltsrechtlichen Vorgängen. Der Rat entschied am 16.02.2010, von der Errichtung einer Gesamtschule als freiwillige Leistung abzusehen und die Verwaltung zu beauftragen, in eine gemeinsame Schulentwicklungsplanung mit der Stadt Siegburg und Nachbarkommunen hinsichtlich der Errichtung einer Gesamtschule einzutreten.

Gemeinsame Schulentwicklungsplanung der Städte Königswinter, Lohmar, Sankt Augustin und Siegburg

Mit Verfügung vom 22.02.2010 machte der Regierungspräsident die Bürgermeister der Städte Königswinter, Lohmar, Sankt Augustin und Siegburg darauf aufmerksam, dass eine gesetzliche Verpflichtung zur schulträgerübergreifenden Schulentwicklungsplanung bestehe. In die Überlegungen müssten insbesondere die Standortwahl und die Frage der jeweiligen Haushaltsverträglichkeit einbezogen werden. Mit Schreiben gleichen Datums regte der Regierungspräsident die Begleitung der Schulentwicklungsplanung durch den Landrat an.

Aufgrund zweimaliger schriftlicher Anfrage des Landrates (wurden den Ausschussmitgliedern jeweils zur Kenntnis gegeben) bei den zuvor genannten Städten liegt dem Rhein-Sieg-Kreis zum Sachverhalt bisher ein Brief des Bürgermeisters der Stadt Königswinter vor. Darin wird ausgeführt, dass dem zuständigen Ausschuss am 28.04. vorgeschlagen werden solle, die Frage des Bedarfs für eine Gesamtschule in die Fortschreibung des Schulentwicklungsplans für die Stadt Königswinter einzubeziehen. Im Falle eines entsprechenden Beschlusses erwarte man, dem zuständigen Ausschuss zum Jahresende 2010 einen mit den Schulen und den Nachbarkommunen abgestimmten Entwurf des fortgeschriebenen Schulentwicklungsplans vorlegen zu können.

Gemeinden Eitorf, Ruppichteroth und Windeck

In den drei Gemeinden wurden allgemeine Umfragen zur Schulsituation durchgeführt. Inzwischen haben die zuständigen Fachgremien in den Gemeinden einer gemeinsamen Schulentwicklungsplanung zugestimmt. Noch im April 2010 finden erste Gespräche der Verwaltungen mit einem potentiellen Auftragnehmer für den gemeinsamen Schulentwicklungsplan statt.

Über aktuelle Entwicklungen wird mündlich in der Sitzung berichtet.

Um Kenntnisnahme wird gebeten.

Zur Sitzung des Ausschusses für Schule und Sport am 20.04.2010

Im Auftrag